

Anfrage

der Abgeordneten Mag.^a Silvia Moser MSc.

gemäß 39 Abs. 2 LGO 2001

an Landesrat DI Ludwig Schleritzko

betreffend **Mittel zur Umsetzung der Inklusion in Niederösterreich**

Aus einer Studie

(https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/cc/npocompetence/12_Publikationen_NPO_SE/NPO_Kompetenzzentrum2020_Studie_BPLN%C3%96.pdf) des NPO

Kompetenzzentrum der Wirtschaftsuniversität Wien im Auftrag des Landes NÖ, Abteilung Soziales, die die Erfassung der Anzahl an Menschen mit einer Körper- und/oder Sinnesbehinderung bzw. Mehrfachbehinderung zum Ziel hatte, geht hervor:

„Insgesamt geht es in Niederösterreich um 127.850 Personen, 1,11 Prozent oder 18.507 sind so stark betroffen, dass sie auf Leistungen der Behindertenhilfe angewiesen sind. Rund 8.000 Personen sind 65 Jahre oder älter, 7.100 zwischen 45 und 64 Jahren alt. Bis 2030 wird sich die Anzahl von den derzeit 18.507 auf 20.300 erhöhen, das ist ein Anstieg von 9,5 Prozent. 80 Prozent sind körperlich behindert und haben einen hohen Unterstützungsbedarf“

Zudem erarbeitete die Studie eine Prognose der Anzahl der Menschen mit Behinderung für das Jahr 2030 und darüber hinaus auch den zukünftigen Bedarf an benötigten Unterstützungsleistungen, wie beispielweise Hilfsmittel.

Die UN-Konvention stellt klar: **Gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschenrecht**, das ohne Einschränkungen auch für behinderte Menschen gilt. Die UN-Konvention erfasst sämtliche Lebensbereiche, von der Arbeit über Bildung, Gesundheit und Pflege, persönliche Mobilität, Fragen des Bauens und Wohnens bis hin zur politischen Teilhabe. Zentraler Leitgedanke bei der Umsetzung der Konvention ist das **Prinzip der Inklusion**, wonach Menschen mit Behinderungen von Anfang an und in allen Lebensbereichen an der Gesellschaft teilhaben sollen. Das Ziel muss eine inklusive Gesellschaft sein, in der auch für Menschen mit Behinderungen eine Ausgangslage geschaffen wird, die diese Teilhabe ermöglicht.

Um Inklusion in der Gesellschaft umzusetzen, braucht es unterschiedliche Instrumente und finanzielle Unterstützung, auf die nicht nur Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen und hohem Unterstützungsbedarf angewiesen sind. Die Studie konzentriert sich in erster Linie auf Hilfsmittel im medizinischen, orthopädischen und technischen Bereich, wo sich im Hinblick auf die Digitalisierung in Zukunft noch neue Lösungen auftun werden. Von großer Bedeutung sind aber beispielsweise auch Unterstützungsleistungen wie die Persönliche Assistenz als Hilfe am Arbeitsplatz, in der Schule, für die Ausbildung oder im Freizeitleben, die Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Diese wird in NÖ nur für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen und ab Pflegestufe 5 gefördert.

Daher stellt die gefertigte Abgeordnete folgende

Anfrage

- 1) Welche Bestrebungen werden aufgrund der, durch die oben genannte Studie erhobenen Zahlen angestellt, um trotz steigender Anzahl von Menschen mit Behinderung in NÖ deren Unterstützung in sämtlichen Bereichen zu sichern ihre Situation insgesamt zu verbessern? Werden dafür zusätzliche Mittel vom Bund notwendig und im Rahmen des Finanzausgleichs verhandelt?
- 2) Welche Bestrebungen werden aufgrund der, durch die oben genannte Studie erhobenen Zahlen angestellt, um die Inklusion an NÖ Schulen zu verbessern? Werden dafür zusätzliche Mittel vom Bund notwendig und im Rahmen des Finanzausgleichs verhandelt?
- 3) Welche Bestrebungen werden aufgrund der, durch die oben genannte Studie erhobenen Zahlen angestellt, um die Inklusion an NÖ Kindergärten zu verbessern? Werden dafür zusätzliche Mittel vom Bund notwendig und im Rahmen des Finanzausgleichs verhandelt?
- 4) Welche Bestrebungen werden aufgrund der, durch die oben genannte Studie erhobenen Zahlen angestellt, um die Persönliche Assistenz auszuweiten (leichterer Zugang und für Menschen mit körperlichen, UND intellektuellen oder psychischen Beeinträchtigungen)? Werden dafür zusätzliche Mittel vom Bund notwendig und im Rahmen des Finanzausgleichs verhandelt?
- 5) Gibt es Bestrebungen, die Zuschüsse zu Hilfsmittel anzuheben? Werden dafür zusätzliche Mittel vom Bund notwendig und im Rahmen des Finanzausgleichs verhandelt?
- 6) Gibt es Bestrebungen für die Schaffung eines Inklusionsfonds in NÖ und werden dafür im Rahmen des Finanzausgleichs Mittel verhandelt?
- 7) Gibt es Förderprogramme für Inklusion am NÖ Arbeitsmarkt? Wenn ja, was und unter welchen Voraussetzungen wird gefördert? Werden dafür zusätzliche Mittel vom Bund notwendig und im Rahmen des Finanzausgleichs verhandelt?